

## Das „schwedische Modell“ und die Arbeitskämpfe 1980

---

*Bo Inge Andersson, geboren 1949 in Klippan, Schweden, ehemaliger außerordentlicher akad. Rat im Germanistischen Institut der Universität Lund (Schweden), Leitartikler der Tageszeitung "Arbetet", Malmö, und früher deren Bonner Redakteur. Jetzt Redakteur bei „LO-Tidningen“, Stockholm, der Wochenzeitung des Schwedischen Gewerkschaftsbundes.*

Im Frühjahr 1980 erlebte Schweden den umfassendsten und härtesten Arbeitskampf in seiner Geschichte. Am 2. Mai 1980 hatte der Schwedische Arbeitgeberverband (SAF) 750 000 Arbeiter ausgesperrt, während der Schwedische Gewerkschaftsbund (LO) 125 000 Arbeiter als Gegenmaßnahme zur Massenaussperrung der Arbeitgeber in den Ausstand treten ließ.

Zur gleichen Zeit gab es einen anderen großen Arbeitskampf im öffentlichen Dienst. Hier standen die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten im Staat, in den Gemeinden und in den Regierungsbezirken (letztere u. a. für die gesamte schwedische Krankenpflege verantwortlich) den jeweiligen Arbeitgeberorganisationen gegenüber. Schon seit Ende April streikten in diesem Sektor etwa 14 000 Arbeiter und Angestellte, während 16 000 ausgesperrt waren. Obwohl am Arbeitskampf im öffentlichen Dienst viel weniger Personen beteiligt waren als in der privaten Wirtschaft, hatte er für die Bürger größere Auswirkungen, weil außer zwei Nachrichtensendungen pro Tag nichts über den Bildschirm lief, und weil der Flugverkehr und die U-Bahn im Großraum Stockholm zum Stillstand gebracht wurden.

Die Verwunderung der ausländischen Beobachter war groß, daß Schweden - vorher als „Musterland“ angesehen, was den Arbeitsfrieden anbelangt - plötzlich einen - auch an internationalen Maßstäben gemessen - riesigen Arbeitskampf erlebte. Eine der Fragen, die die westeuropäischen und nordamerikanischen Journalisten stellten, war, ob das „schwedische Modell“ hiermit vor einem unmittelbaren Zusammenbruch stünde. Unter dem „schwedischen Modell“ verstanden sie u. a. das Konsensusmodell, wonach die Tarifpartner zu einer Zusammenarbeit gelangten, die eine ruhige soziale und progressive Gesellschaftsentwicklung ermöglichte. Die meisten Beobachter meinten nach den ersten Streiktagen, das schwedische Modell sei fast nicht mehr existent.

In diesem Beitrag werden einige der Gründe angegeben, weshalb es in Schweden zu einem so großen Arbeitskampf kommen konnte. Dabei müssen auch einige Tendenzen der parlamentarischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Schweden seit Anfang der 70er Jahre behandelt werden. Ebenso ist es auch notwendig, einiges über die sich von den bundesdeutschen Verhältnissen unterscheidende gewerkschaftliche Organisationsstruktur in Schweden zu sagen.

#### *Veränderungen im politischen Umfeld*

Im September 1976 verloren die Sozialdemokraten, nach 44 Jahren als führende Regierungspartei in Schweden, die Mehrheit an die drei „bürgerlichen“ Parteien (die liberale Volkspartei, die Zentrumsparterie unter dem heutigen Ministerpräsidenten *Thorbjörn Fälldin* sowie die Konservativen). Bei den Wahlen im September 1979 wurde die bürgerliche Regierung von der Wählerschaft mit nur 8000 Stimmen Übergewicht bestätigt. In der heutigen bürgerlichen Regierung hat die konservative Partei unter der Führung von Wirtschaftsminister *Gösta Bohman* größeren Einfluß als die beiden Parteien „der Mitte“. Im Reichstag haben die Konservativen 73 Sitze gegenüber 64 für das Zentrum und 38 für die Liberalen. Die Sozialdemokraten haben 154 und die zum Teil „eurokommunistisch“ geprägten Kommunisten 20 Sitze. Innerhalb des bürgerlichen Blocks sind nach den letzten Meinungsumfragen die Wahlchancen der Konservativen einerseits größer als die ihrer Koalitionspartner, aber andererseits würde der sozialistische Block jetzt die Mehrheit gewinnen.

Während der sozialdemokratischen Regierungszeit wurden die Regeln für die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gewerkschaften sowie die Spielregeln für die Tarifpartner geschaffen. Eine traditionelle, ideologisch bedingte Zusammenarbeit zwischen den Sozialdemokraten und der LO gab es seit Ende des vorigen Jahrhunderts. In den letzten Jahren der sozialdemokratischen Regierung herrschte in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen weitgehende Übereinstimmung auch zwischen der Regierung und den Gewerkschaften der Angestellten.

#### *Tarifvertragsstrukturen und Ausgangslage vor dem Arbeitskampf*

Um die schwedische gewerkschaftliche Organisationsstruktur zu begreifen, muß folgendes bekannt sein:

- Dem Schwedischen Gewerkschaftsbund (LO) mit 2,1 Mio. Mitgliedern in 25 Einzelgewerkschaften des privaten und des öffentlichen Sektors sind nur *Arbeiter* angeschlossen. Die LO verhandelte in diesem Frühling geschlossen für 900 000 Mitglieder im Bereich der privaten Wirtschaft. Verhandlungspartner war dabei der Schwedische Arbeitgeberverband (SAF).
- Der Zentralorganisation der Angestellten (TCO) sind 24 Einzelgewerkschaften mit 1,1 Mio. *Angestellten* des privaten und des öffentlichen Sektors angeschlossen.

Die TCO selbst ist aber kein Verhandlungspartner (und kommt in dieser Hinsicht dem DGB näher als die LO). Die Einzelgewerkschaften innerhalb der TCO führen ihre Verhandlungen selbständig. Dabei haben sich jeweils die Privatangestellten, die Staatsangestellten und die Angestellten der Gemeinden und Regierungsbezirke in drei Verhandlungsgemeinschaften zusammengeschlossen.

- Die Arbeitgeber- und Angestellten-gewerkschaften im öffentlichen Sektor koordinierten ihre diesjährigen Tarifverhandlungen für insgesamt 1,1 Mio. Mitglieder.
- Die Verhandlungsgemeinschaft der Privatangestellten (PTK) hat erst nach dem großen Arbeitskonflikt mit dem SAF für ihre etwa 450 000 Mitglieder verhandelt. Im vergangenen Jahr führten die LO und das PTK koordinierte Verhandlungen mit dem SAF.
- In Schweden gilt für die Privatwirtschaft wie für den öffentlichen Sektor, daß die Arbeitnehmer das Streikrecht, die Arbeitgeber das Recht auf Aussperrung besitzen. (Einen Unterschied zwischen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes gibt es in Schweden nicht.)

Seit dem Regierungswechsel 1976 haben sich die Umgangsformen zwischen Regierung und Gewerkschaften verändert. Die Bürgerlichen hatten sich den Gewerkschaften gegenüber in vielen Fragen offen feindlich ausgesprochen. Die Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Regierung ist durch den Willen geprägt, eine Umverteilung zugunsten wohlhabenderer Gruppen herbeizuführen, was statistisch belegbar ist. Gleichzeitig hat eine hohe Inflation die Reallöhne reduziert. Schon im Sommer 1979 verlangte die LO eine Aufwertung der schwedischen Krone, um ausländischer Inflation, vor allem durch Ölpreissteigerungen, entgegenzuwirken, was aber nicht geschah. Eine Aufwertung hätte die im Mai dieses Jahres gemeldete Jahresinflationsrate von fast 14 Prozent um 3-4 Prozent verringern können.

Die folgenden statistischen Angaben über den Reallohnverlust eines durchschnittlichen Industriearbeiters (Jahresverdienst 55 000 Kronen = etwa 24 750 DM, wobei der Arbeitgeber sämtliche Krankenkassen- und Rentenbeiträge bezahlt) bzw. über die Entwicklung des Bruttosozialprodukts zeigen den verteilungspolitischen Aspekt der Tarifrunde im Jahre 1980:

	Reallohn	Zuwachs des Bruttosozialproduktes
1977	-4.2%	-2.5%
1978	-1.5%	+2.4%
1979	+0.9%	+4.4%

Für 1980 wurde im April mit einem Zuwachs von 4-5 Prozent gerechnet. Die Regierung rechnet in ihrer Jahreswirtschaftsprognose für 1980/81 mit einer Steigerung der Realeinkommen der Kapitaleigner von 10 Prozent. Die entsprechende

Zahl für die mittelständischen Unternehmer und die Bauern belief sich nach diesem Bericht auf 4,5 Prozent, wobei dieser Zuwachs der Realeinkommen überwiegend durch die von der Regierung beschlossene Steuerentlastungen, Subventionen usw. erzielt wird.

Für 1980 kündigte die Regierung im Herbst 1979 eine Steuerreform an, die für einen durchschnittlichen Industriearbeiter Steuersenkungen von 4,3 Prozent bedeuten würde, während diejenigen, die 90 000 Kronen oder mehr verdienen, 6,4 Prozent Steuersenkungen erhielten.

Bereits im Oktober 1979 betonte der Vorsitzende der LO, *Gunnar Nilsson*, die vorgeschlagene Steuerreform würde eine reibungslose Tarifrunde eher gefährden, weil sie die Mehrzahl der LO- und TCO-Gruppen zu wenig entlasten würde. Die Gewerkschaften müßten dann hohe Lohnforderungen stellen, um die hohen Preissteigerungen bis zu einem gewissen Grade auszugleichen.

#### *Politisierung auf Arbeitgeberseite*

Auf der Arbeitgeberseite spürt man seit einiger Zeit den Willen, auf die allge-meinpolitische Entwicklung größeren Einfluß auszuüben. Da die Gewinne der Industrie sowohl für das Jahr 1979 wie für 1980 sehr hoch sein werden (z. B. hat die Holz- und Papierindustrie ein Minus von 600 Millionen Kronen in ein Plus von 2,4 Milliarden verwandelt und rechnet für 1980 mit zumindest denselben Zahlen), konnte der SAF seine zurückhaltende Einstellung Lohnerhöhungen gegenüber nur damit begründen, daß man für die Gesamtwirtschaft die Verantwortung tragen wolle, worauf die Gewerkschaften erwiderten, die Wirtschaftspolitik sei von der Regierung zu führen, nicht von den Arbeitgebern. Dieser Hang zur politischen Aktion zeigte sich beim SAF auch in seinen Forderungen, den öffentlichen Dienstleistungssektor abzubauen, um das Budgetdefizit zu verringern, sowie auch darin, daß die Arbeitgeber durch die Tarifverträge den Inhalt einiger Rahmengesetze (zur Sicherung des Angestelltenverhältnisses, zur Wahrung der Rechte gewerkschaftlicher Vertrauensleute in den Betrieben usw.) ändern wollten.

In all diesen Forderungen sahen die Gewerkschaften eine gefährliche antige-werkschaftliche Tendenz, die dadurch verstärkt wurde, daß die führenden bürgerli-chen Politiker, vor allem die Konservativen, ähnliche Gedanken zum Ausdruck brachten. Einer der schwerwiegendsten Gründe des Mißtrauens der Gewerkschaften gegenüber der bürgerlichen Regierung stammt aus dem Jahr 1977: Damals beschloß die bürgerliche Regierung, die Lohnsummensteuer der Unternehmer um zwei Prozentpunkte zu senken, obwohl die Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen im Hinblick auf die angespannte wirtschaftliche Lage an ihren Forderungen Abstriche gemacht hatten. Die Verbitterung wurde noch größer, als die Regierung die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt erhöhte und die Schwedenkrone zwei-mal um insgesamt 17 Prozent abwertete, was zwar kurzfristige Gewinne für die

Exportindustrie bedeutete, für die Arbeitnehmer aber eine Inflationsrate von 11 Prozent mit sich brachte.

Zusammenfassend war die Lage vor den Tarifverhandlungen von zwei Entwicklungen hauptsächlich geprägt:

- Verteilungspolitisch hatten die Arbeitnehmer an ihren Reallöhnen verloren, die Kapitaleigner dagegen durch die Verteilungspolitik der Regierung zugunsten der Wohlhabenden gewonnen. Der Zuwachs war nicht gleichmäßig verteilt worden.
- Die Arbeitgeber artikulierten sich politisch. Die bürgerlichen Parteien äußerten sich in Sachen öffentlicher Sektor, Zurückhaltung bei den Tarifverhandlungen usw. ähnlich wie die Arbeitgeber. Das galt vor allem für die Konservativen.

Obwohl der Tarifvertrag zwischen LO und SAF schon Ende Oktober 1979 auslief, begannen die diesjährigen Tarifverhandlungen erst im März 1980, weil man den Haushaltsvorschlag der Regierung für 1980/81 abwarten wollte; zweitens bestand Unsicherheit über das Resultat des Referendums über Kernenergie, das am 23. März stattfand. Ein dritter Grund war, daß die Verhandlungen zwischen LO und SAF über den Ausgleich für Preiserhöhungen im Jahre 1979, die gemäß Tarifvertrag von 1979 stattfinden sollten, falls die Preissteigerungen mehr als 5 Prozent betragen würden, im November und Dezember 1979 geführt wurden.

#### *Tarifpolitische Vorstellungen der Gewerkschaften im Rahmen staatlicher Politik*

Diese Verhandlungen hatten schon die künftige harte Gangart des SAF angedeutet, da die Arbeitgeber sich zunächst weigerten, überhaupt zu verhandeln. Nach harten Auseinandersetzungen bewilligten die Arbeitgeber einen Lohnzuschlag von 1,5 Prozent als Ausgleich für die achtprozentigen Preiserhöhungen während der Laufzeit des 1979er Tarifvertrags.

Während die Gewerkschaften mit dem schlechten Ergebnis unzufrieden waren, es aber im Hinblick auf die künftige Haupttarifrunde akzeptierten, kündigten die Arbeitgeber an, sie würden diese zugebilligte Summe bei den kommenden Tarifverhandlungen in Rechnung ziehen. Innerhalb der LO wünschte man eigentlich keinen Tarifvertragsabschluß mit hohen Bruttolohnerhöhungen. Diese hätten nämlich bei der hohen Steuerprogression erst bei sehr hohen Zuwächsen zu verstärkter Kaufkraft geführt. Statt dessen verlangte die LO ein „Maßnahmenpaket“ von der Regierung, um die Inflationsrate nicht zu erhöhen und um die Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie nicht zu verschlechtern. Die LO erwartete eine für die großen Arbeitnehmergruppen günstige Steuerreform, Miet- und Preisstop sowie eine verschärfte Preisüberwachung. Dann hätten sich die Arbeitnehmerorganisationen mit geringeren Lohnerhöhungen begnügen können.

Schon Ende 1979 zeichneten sich sehr hohe Gewinne der Industrie (hauptsächlich Holz, Papier, Maschinenbau) ab. Aus verteilungspolitischen und antiinflatiori-

schen Gründen schlug deshalb die schwedische IG Metall vor, 25 Prozent der Gewinne in vorläufige Investitionsfonds einzuzahlen. Auf die Verwendung dieser Mittel sollten Gewerkschaften in den jeweiligen Betrieben einen erheblichen Einfluß haben. Durch diese Maßnahme waren die Investitionen gefördert worden, was ja auch die Arbeitgeber als den Sinn einer verbesserten Ertragslage dargestellt hatten. Die Arbeitnehmer hätten - dem Entwurf zufolge -, im Bewußtsein dessen, daß hohe Bruttolohnerhöhungen zu einer verschlechterten Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie und zu einer unerwünscht hohen Inflationsrate führen würden, auf einen Teil der erreichbaren Lohnerhöhungen verzichtet und im Austausch einen größeren Einfluß auf die dadurch zur Verfügung gestellten Investitionsmittel erhalten.

In seiner Eigenschaft als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter appellierte der LO-Vorsitzende *Gunnar Nilsson* im Februar 1980 an die Regierung, vor allem an die Liberalen und das Zentrum, einen Lösungsvorschlag zu präsentieren, der die Tarifrunde entlasten konnte. Er forderte die Parteien der Mitte auf, sich in dieser Frage von den Vorstellungen der Konservativen in der Regierung zu lösen, und statt dessen mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten.

Der Vorsitzende der Verhandlungsgemeinschaft der Privatangestellten, *Ingvar Seregard*, präsentierte sogar ein Modell eines „Sozialvertrages“, wonach die Arbeitnehmer auf Lohnerhöhungen verzichten würden, wenn die Regierung gewisse Steuerensenkungen, einen Preisstopp, gewisse Zuschüsse für Niedrigstverdiener, für Familien mit Kleinkindern usw. vornehmen würde.

Zusammenfassend könnte man also sagen, daß die Tarifpartner auf der Arbeitnehmerseite eher einen „unkonventionellen“ Tarifabschluß wünschten.

Für die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung mag diese Strategie fremd erscheinen. Eine solche Koppelung zwischen Steuerpolitik und Tarifpolitik der Sozialpartner wäre wohl für deutsche Gewerkschaften undenkbar. Aber die schwedischen Gewerkschaften, nicht nur die der LO angeschlossenen, sondern auch die TCO-Gewerkschaften, hatten schon mit der sozialdemokratischen Regierung auf ähnliche Weise zusammengearbeitet; in der ersten Hälfte der 70er Jahre war dies sogar ein Teil des „schwedischen Modells“.

Ein Beispiel hierfür sind die „Haga-Verträge“, die auf dem Schloß Haga bei Stockholm 1973 und 1974 abgeschlossen wurden, wo die Regierung seinerzeit nach Diskussionen mit LO und TCO die Steuern für die Masse der Arbeitnehmer senkte, damit die Gewerkschaften nur geringe Bruttolohnerhöhungen zu fordern brauchten. (Ein ähnlicher Entwurf wurde im Einvernehmen mit LO und TCO im Frühling 1976 vorgelegt, er konnte aber nicht mehr verwirklicht werden, weil die Sozialdemokraten im Herbst in die Opposition gehen mußten.)

Damals wurden die direkten Steuern gesenkt und die Steuerausfälle über eine Lohnsummensteuer der Arbeitgeber (die sog. Arbeitgebergebühren) finanziert.

Die reale Kaufkraft der Arbeitnehmer konnte also auch ohne hohe Bruttolohnerhöhungen gestärkt werden, die auf jeden Fall zum größten Teil von Steuern und Preissteigerungen aufgezehrt worden wären. Selbst für die Arbeitgeber sanken dabei die Kosten, weil die Erhöhung der Lohnsummensteuer weniger ausmachte als eine entsprechende hohe Bruttolohnerhöhung.

Eine ähnliche Lösung strebten die Gewerkschaften im Frühjahr 1980 an. Sie wollten zudem eine auf Dauer sowie auf kurze Frist destruktive Umverteilungspolitik zugunsten anderer Gruppen als die der Arbeitnehmer vermeiden. So wünschte die LO deshalb für 1980 eine andere Steuerreform als die von den Bürgerlichen vorgeschlagene. Man war solche, im gegenseitigen Einvernehmen erreichten, Kompromisse von der sozialdemokratischen Regierungszeit her gewöhnt. Dies sollte aber nicht mit einer staatlich gelenkten Lohnpolitik verwechselt werden.

Daß gerade mit Regierungen, die gewillt sind, eine Umverteilungspolitik zugunsten der großen Arbeitnehmerschichten zu führen, Beträchtliches für den Arbeitsfrieden geleistet werden kann, zeigt eine Studie von *Walter Korpi*, Professor am Stockholmer Sozialforschungsinstitut. Sein vorläufiges Forschungsergebnis zeigt, daß Schweden, Norwegen und Österreich in der Nachkriegszeit einzigartig dastehen, was die niedrige Zahl der Arbeitskonflikte angeht. Während häufige Arbeitskonflikte in den meisten von den anderen insgesamt 16 untersuchten westlichen Industrienationen immer noch normal sind, waren sie in diesen drei Staaten immer seltener geworden. Korpi meint, dies liege daran, daß Schweden, Norwegen und Österreich für längere Zeit sozialdemokratische Regierungen hatten bzw. haben, die eine Verteilungspolitik zugunsten der Arbeitergruppen sowie der niedrigeren und mittleren Angestelltenschichten durchführten. Die Verteilungspolitik bürgerlicher Regierungen hingegen begünstige höhere Einkommensschichten sowie Kapitaleigner, Grundbesitzer, Unternehmer und Landwirte und führe dadurch zu Unruhen und zu härteren Verteilungskämpfen. Eher sei dies als Ursache für das härtere Klima auf dem schwedischen Arbeitsmarkt anzusehen als etwa die niedrigere Zuwachsrates in der Wirtschaft.

#### *Tarifkonflikt, Aussperrung und Streik*

Da aber im Zusammenhang mit der diesjährigen Tarifrunde die bürgerliche Regierung schwieg, mußte die LO eine traditionelle Lohnforderung in der Höhe von 11,3 Prozent vorlegen, deren Ziel im Grund nur defensiv war: Es ging darum, die verlorene Kaufkraft der LO-Mitglieder zurückzugewinnen, nicht aber, um sie zu erhöhen. Kurz vorher hatten auch die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine ähnliche Forderung gestellt. Der SAF antwortete darauf mit einem Angebot zur Verlängerung des laufenden Tarifvertrags. Der SAF war nicht einmal gewillt, über etwas anderes zu verhandeln. Da die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erfahren hatten, die öffentlichen Arbeitgeber würden das Angebot des SAF

abwarten, sahen sie ihre Tarifautonomie bedroht, und dies um so mehr, als gerade der SAF den Abbau des öffentlichen Dienstleistungssektors als wichtigen Bestandteil des „Null-Angebots“ ansah. Da die Arbeitgeber des öffentlichen Sektors nun dem Einfluß der bürgerlichen Koalition unterworfen waren, befürchteten die Gewerkschaften eine konzertierte Aktion von SAF und bürgerlichen Parteien gegen den öffentlichen Sektor und dessen Gewerkschaften.

Die Regierung berief zwei Schlichtungskommissionen, um den drohenden Arbeitskampf zu vermeiden. Von Anfang an war klar, daß die Handlungsfähigkeit der Kommissionen im Unterschied zu den vorigen Jahren eingeschränkt war. Das Mißtrauen der Gewerkschaften wuchs, als der Leiter der Kommission für den privaten Sektor in einem Fernsehinterview erklärte, die wirtschaftliche Lage ermögliche fast keine Lohnerhöhungen. Da der SAF sich weigerte, vor der Arbeit der Schlichtungskommission zu verhandeln, kündigte die LO eine Überstundenblockade an, die der auf Hochtouren laufenden Industrie sehr ungelegen kam und die den SAF zu Sachverhandlungen zwingen sollte. Die Antwort des SAF auf diese Blockade der LO war beispiellos: Die Ankündigung einer Aussperrung von 700 000 Arbeitern. Der SAF-Vorsitzende *Curt Nicolin* gab bei einer Pressekonferenz den Ton an: Obwohl die Industrie auf Hochtouren lief, behauptete der SAF, es gebe keine Ressourcen für Lohnempfänger. Auf die Frage, ob die Arbeitgeber in der gerade von ihnen beschriebenen Lage die Kosten eines völligen Produktionsausfalles tragen könnten, antwortete der SAF-Vorsitzende wiederholt, die Aussperrung sei „eine Investition für die Zukunft“, und daß der SAF jetzt zeigen müsse, „was eine Harke sei“. Daraus wurde deutlich, daß es sich also um eine politische Aussperrung und nicht eine wirtschaftlich bedingte Maßnahme handelte.

Die LO kündigte daraufhin einen Streik für die restlichen Arbeiter im SAF-Sektor an, der gleichzeitig mit der angekündigten Aussperrung in Kraft treten sollte. Einen Tag vor Inkrafttreten der Überstundenblockade präsentierte die Regierung ein „Maßnahmenpaket“, das jedoch von sämtlichen Gewerkschaften als „sachlich zu wenig und zeitlich zu spät“ charakterisiert wurde. Das Paket enthielt Steuersenkungen von 500 Kronen für die niedrigsten Einkommensstufen, einen Preis- und Mietstop für den Rest des Jahres und staatlich finanzierte Preisvergünstigungen für gewisse Lebensmittel. Darüber hinaus sollten 25 Prozent der Mehrgewinne an Investitionsfonds abgeführt werden, in denen aber die Gewerkschaften keinerlei Einfluß haben sollten und die durch ihre Anwendungsregeln eher als staatliche Investitionssubventionen für die Unternehmer angesehen werden müßten.

Da die Regierung nicht angab, wie das „Paket“ finanziert werden sollte, befürchteten die Gewerkschaften, daß die Arbeitnehmer sämtliche Maßnahmen über ihre Steuern im Jahr 1981 selber würden bezahlen müssen. Ein Preis- und Mietstop wäre wirkungslos, da sich Produzenten und Hauswirte, im Vorgriff auf die von ihnen für 1980 erwarteten Kostensteigerungen, bereits schadlos gehalten hatten. Bei diesen



vagen Versprechungen war es den Gewerkschaften nicht möglich, einfach die Tarifverträge zu verlängern, wie es die Regierung - und der SAF - wollten.

Daß der SAF eine Massenaussperrung angekündigt hatte, überraschte, weil sie auch für die Arbeitgeber kostspielig sein mußte. Nach den ungeschriebenen Regeln der Tarifverhandlungen hätte der SAF eine Maßnahme von viel geringerer Tragweite wählen müssen. Als die LO nicht auf ihre Blockade verzichtete, erkannten sogar die Arbeitgeber, daß sie eine für sie selbst sehr gefährliche Waffe gewählt hatten. Die Aussperrung wurde deswegen zweimal verschoben. Erst danach war der SAF bereit, fünf Monate nach Auslaufen der Tarifverträge, endlich über Sachfragen, d. h. Lohnerhöhungen, zu verhandeln.

Der Streik und die Aussperrung im öffentlichen Sektor, dessen Gewerkschaften noch kein Angebot der Arbeitgeber vorlag, hatten bereits 4 Tage andauert, als am 29. April die Schlichtungskommissionen ein von der Regierung diktiertes Angebot vorlegten, das 2,3 Prozent Lohnerhöhungen vorsah. Da dieses aber nicht rückwirkend für die gesamte Tarifperiode gelten sollte, machte es in Wirklichkeit nur 1,6 Prozent aus. Die LO verwarf deshalb das Angebot, während der SAF es akzeptierte. In dieser Lage mußten die angekündigten Kampfmaßnahmen in der privaten Wirtschaft am 2. Mai in Kraft treten. Daß sie so effektiv durchgeführt wurden, hängt mit dem zentralisierten Verhandlungsmodell und dem hohen Organisationsgrad der Arbeitnehmer zusammen (3,2 Mio. Arbeitnehmer sind, bei einer Bevölkerung von 8 Mio., entweder in LO- oder TCO-Gewerkschaften Mitglieder. Hinzu kommen noch 0,3 Mio. in anderen Gewerkschaftsverbänden organisierte Arbeitnehmer.)

#### *Ergebnisse des Tarifabschlusses*

Am 11. Mai kam es endlich zu einem Tarifabschluß. Die beiden Schlichtungskommissionen legten den Sozialpartnern Vorschläge vor, die für den privaten Sektor Lohnerhöhungen ab 15. April von 6,8 Prozent und für den öffentlichen Sektor ab 1. Juni Erhöhungen von 7,2 Prozent vorsahen. Durch die verschiedenen Anfangstermine der Tarifverträge und durch die unterschiedliche Konstruktion eines rückwirkenden einmaligen Betrages für die Zeit vom 1. November 1979 bis zum Inkrafttreten des neuen Tarifvertrags ergeben beide Vorschläge eine Erhöhung von 4,5 Prozent auf die gesamte Laufzeit des Tarifvertrags.

Die Tarifpartner des öffentlichen Dienstes stimmten dem Vorschlag als erste zu. Die LO akzeptierte auch, während der SAF ablehnte. Als einzige Tarifpartei stand in dieser Situation der SAF dem Arbeitsfrieden im Wege. Außerdem hatten die Sozialpartner des öffentlichen Sektors eine Lösung erreicht, die die privaten Arbeitgeber kaum unterschreiten konnten. Der SAF, der dem öffentlichen Sektor den Kampf angesagt hatte, mußte nun feststellen, daß der öffentliche Dienst in den Tarifverhandlungen maßgebend geworden war. Es muß in diesem Zusammenhang hinzugefügt werden, daß der Verband der schwedischen Regierungsbezirke, der die

Arbeitgeberinteressen bei den Tarifverhandlungen wahrnimmt, während der Tarifrunde seine bürgerliche Mehrheit verlor, und statt dessen unter sozialdemokratische Mehrheit kam. Ähnliches geschah, was schon während der Tarifrunde bekanntgeworden war, kurz nach dem Arbeitskampf auch im schwedischen Gemeindetag, der die entsprechende Funktion im kommunalen Sektor innehat. Die Frage, inwieweit die Veränderung der politischen Führung bei den Arbeitgebern der Regierungsbezirke zu dieser Öffnung in der Tarifrunde beigetragen hat, ist noch nicht zu beantworten. Eine Tatsache ist jedoch, daß der öffentliche Druck auf den SAF als einzigen Neinsager so groß wurde, daß die Arbeitgeber, drei Stunden nach ihrer ursprünglichen Verwerfung des Angebots, diesem schließlich zustimmten. Dies geschah, nachdem die Regierung an den SAF appelliert hatte, „im Interesse des Arbeitsfriedens“ nachzugeben.

*Verteilungsprobleme innerhalb der Arbeitnehmerschaft:  
Lohndrift und Einkommensunterschiede*

Besondere Probleme in der diesjährigen Tarifrunde entstanden in den Verhandlungen im Zusammenhang mit der Frage, inwieweit die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes sowie die Privatangestellten für die Lohndrift, die durch Erhöhung der Produktivität vor allem wegen Rationalisierungen einem Teil der Industriearbeiter zugute kommt, kompensiert werden sollten. Die Uneinigkeit zwischen LO und PTK (Verhandlungsgemeinschaft der Privatangestellten) darüber, wie groß der Ausgleich der Privatangestellten für die Lohndrift der Industriearbeiter sein sollte, war eine Ursache dafür, daß LO und PTK in diesem Jahr keine koordinierten Verhandlungen führten. Eine ähnliche Quelle der Irritation bei den LO-Verhandlungen waren Gerüchte, daß die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes einen hundertprozentigen Ausgleich der Industriearbeiterlohndrift erhalten würden. Beim Tarifabschluß wurde allerdings nur 80 Prozent der statistisch festgestellten Lohndrift als Ausgleich vereinbart.

Bei den oben erwähnten Lohnerhöhungen handelt es sich um Durchschnittswerte. Seit den 60er Jahren haben sich die LO-Gewerkschaften gerade durch das gemeinsame Auftreten bei den Verhandlungen mit dem SAF auf die Linie der „solidarischen Lohnpolitik“ geeinigt. Diese bedeutet ein bewußtes Eintreten für den Abbau der Einkommensunterschiede innerhalb des LO-Lohnkollektivs. Technisch geschieht dies durch eine Kombination von prozentualen und absoluten Lohnerhöhungen. Strategisch wird sie durch gemeinsame Verhandlungen zwischen der LO und dem SAF gelöst, deren Ergebnisse allerdings von den Einzelgewerkschaften erst nach einigen branchenbezogenen Verhandlungen definitiv bestätigt werden. Diese Verhandlungen sind dieses Jahr erst Mitte Juni abgeschlossen worden.

Da aus dem „Regierungspaket“ die oben erwähnte Steuersenkung von 500 Kronen auch nach den Tarifverhandlungen weiterhin durchgeführt werden soll -

Miet- und Preisstopp sind hingegen nicht mehr aktuell -, bedeutet der Tarifabschluß für einen Arbeitnehmer mit 55 000 Kronen Jahreslohn eine Lohnerhöhung von 11,8 Prozent, bei 70 000 Kronen 10,5 Prozent und bei 80 000 Kronen 9,7 Prozent. Obwohl die Privatangestellten nach ihren im Juni - ohne Arbeitskampf - abgeschlossenen Verhandlungen prozentual das gleiche Ergebnis erreichten wie die übrigen Arbeitnehmer, konnten die Industriegewerkschaften innerhalb der LO feststellen, daß die Lohnunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten vergrößert wurden, weil ja eine prozentuale Erhöhung eines bereits anfangs höheren Angestellteinkommens auch in absoluten Zahlen einen höheren Zuschlag mit sich bringt.

Dies könnte in der kommenden Tarifrunde zu weiteren Verteilungsproblemen zwischen den Arbeitnehmergruppen führen. Bei der Besorgnis der Arbeiterindustriegewerkschaften über die vergrößerten Lohnunterschiede ist auch zu berücksichtigen, daß es in Schweden zumindest einen verbalen Konsensus in allen Parteien und auch zwischen den Tarifpartnern darüber gibt, die Rekrutierung qualifizierter Industriearbeiter zu erleichtern, weil ohne sie eine Erneuerung des schwedischen Industriesektors unmöglich ist.

*Zukunftsprobleme: Aussperrung, Rolle des Staatssektors und Arbeitgeberstrategien*

Schon während der Aussperrung deutete der LO-Vorsitzende Gunnar Nilson an, daß es nun ohne Zweifel in Schweden zu einer Diskussion über ein Verbot der Aussperrung kommen würde. Die meisten Gewerkschaftsführer meinen aber jetzt, man müsse zunächst die kommenden Tarifverhandlungen abwarten, um zu sehen, ob der SAF bewußt eine Taktik der extensiven Aussperrung verfolgt, die er seit Anfang dieses Jahrhunderts nicht mehr angewandt hatte. Andererseits hat es, vor allem von Seiten der Konservativen sowie des Arbeitgeberamtes des staatlichen Sektors, Andeutungen gegeben, man müsse das Streikrecht im öffentlichen Sektor begrenzen. Dabei hat die bürgerliche Presse sowie Fernsehen und Rundfunk dazu beigetragen, ein der Wirklichkeit nicht entsprechendes Bild der durch die Überstundenblockade verursachten chaotischen Verhältnisse vor allem in der Krankenpflege zu vermitteln.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben im Hinblick auf die tatsächlichen und behaupteten Schwierigkeiten für die Bürger bei einem Streik von 14 000 Arbeitern und Angestellten darauf hingewiesen, daß die Forderungen nach einem Abbau des Dienstleistungssektors unberechtigt sein müssen, wenn schon der Ausfall von so wenigen Wirkungen zeigt. Ob die Tarifabschlüsse dieses Jahres zu einer Beibehaltung der Kaufkraft der Arbeitnehmer führen werden, kann jetzt noch nicht beantwortet werden. Unklarheit herrscht darüber, was die Regierung dem SAF versprochen hat, um ihn zum Nachgeben zu bewegen. Da aber die Regierung ihr Versprechen, einen Miet- und Preisstopp anzuordnen, schon zurückgezogen hat,

sind wohl für den Rest des Jahres doch kräftige Preissteigerungen zu befürchten; schon jetzt ist bekannt, daß die Vermieter im Herbst die Mieten kräftig erhöhen wollen. Es ist außerdem nicht zu bezweifeln, daß der SAF den durch die Tarifrunde 1980 erreichten Arbeitsfrieden nur als einen Waffenstillstand ansieht und schon bei den Tarifverhandlungen 1981, die schon im Herbst 1980 beginnen, wieder bereit ist, „für die Zukunft zu investieren“.

*Funktionsbedingungen des schwedischen Modells*

Das schwedische Modell steht eigentlich nicht einzigartig da, sondern müßte zusammen mit dem norwegischen und „dem österreichischen Weg“ erwähnt werden, und es ist nicht gescheitert. (In den kürzlich abgeschlossenen Tarifverhandlungen in Norwegen war die Ausgangslage fast identisch mit der schwedischen, aber die sozialdemokratische norwegische Regierung konnte durch Methoden, die denen früherer sozialdemokratischer Regierungen in Schweden sehr ähnlich waren, einen drohenden Konflikt auf dem norwegischen Arbeitsmarkt vermeiden.) In Schweden ist - um auf die Frage, ob das schwedische Modell gescheitert ist, zurückzukommen - statt dessen folgendes passiert:

Die Verteilungspolitik hat durch die bürgerlichen Regierungen neue Akzente bekommen. Die Steuer- und Wirtschaftspolitik begünstigt bewußt Kapitaleigner, Landwirte, Hauswirte, Großverdiener. Dies führt automatisch zu einer Konfrontation mit den Gewerkschaften als Vertreter anderer Gruppen der Gesellschaft. Die Politik der bürgerlichen Regierung ermuntert die Arbeitgeber, sich politisch zu betätigen, was natürlich zu einem Zusammenstoß mit den Gewerkschaften führt. Dies hat auch für die öffentlichen Arbeitgeber gegolten, da sie politisch von den bürgerlichen Parteien gelenkt worden sind. Das Zögern der Regierung, die eng bemessene Bewegungsfreiheit der Schlichtungskommissionen sowie andere Mißgriffe während des Arbeitskampfes können kaum auf mangelnde Erfahrung der Regierung zurückgeführt werden, sondern nur auf den ideologisch bedingten Einklang der Interessen der Arbeitgeber und der bürgerlichen Politiker.

Abschließend kann also gesagt werden, daß der frühere Konsensus zwischen den Tarifpartnern und die ruhigere politische Atmosphäre, die im „schwedischen Modell“ herrschte, auf das vertrauensvolle Verhalten zwischen einer sozialdemokratisch geführten Regierung und den Gewerkschaften baute, ein Vertrauen, das wiederum in der Verteilungspolitik der Sozialdemokraten seine Grundlage hat. Das „schwedische Modell“ ist von den schwedischen Sozialdemokraten zusammen mit den schwedischen Gewerkschaften geschaffen worden und kann definitionsgemäß nur funktionieren, wenn sie beide zusammen die wirtschaftliche Übermacht der Arbeitgeber und Kapitaleigner ausgleichen.